

Tabak-Arbeiter

Nr. 30 / Bremen, den 26. Juli 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatslicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Ahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Billale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsauschufsvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Wejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Der Internationale Gewerkschaftskongreß

Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm stand an Bedeutung seinen Vorgängern sicherlich nicht nach. Im Gegenteil, von Kongreß zu Kongreß kann man die Beobachtung machen, daß internationale Gewerkschaftstagenen ähnlich wie die Verbandstage der Gewerkschaften zu einer intensiveren Arbeitsmethode gelangen. In der äußeren Aufmachung unterschied sich der Stockholmer Kongreß nur wenig von seinen Vorgängern. Alle angeschlossenen Landeszentralen waren vertreten, doch war die Zahl der Gäste größer als bei früheren Kongressen. In Stockholm waren Vertreter aller fünf Erdteile. Die Gewerkschaften aus Japan, Kuba, Neuseeland, Australien, Britisch-Indien, Ägypten, Palästina, hatten Vertreter entsandt. Man darf hoffen, daß diese Vertreter überseeischer Arbeiterverbände in Zukunft nicht mehr als Gäste, sondern als stimmberechtigte Teilnehmer auf internationalen Gewerkschaftskongressen erscheinen werden. Mit der Wahl von Stockholm als Kongreßstadt hatte der IOB. einen außerordentlich guten Griff gemacht. Die deutsche Vertretung auf dem Kongreß war anders als ursprünglich vorgesehen, weil acht Verbandsvorsitzende ihr Delegationsrecht wegen parlamentarischer Tätigkeit nicht ausüben konnten. Außerdem fehlte der Kollege Leipart als Vize-Vorsitzender des IOB. Trotzdem hat die deutsche Delegation die deutsche Gewerkschaftsbewegung gut zu vertreten vermocht, was besonders in dem Beschluß der Sitzverlegung nach Berlin zum Ausdruck kommt.

Der Tagung voraus ging eine Konferenz der Berufssekretariate. Es gibt im ganzen 28 internationale Zusammenschlüsse der Berufs- und Industrieorganisationen. Das Verhältnis zwischen diesen und dem IOB. ist noch nicht richtig geklärt. Der IOB. baut sich auf die Landeszentralen auf. Auch die Gewerkschaftsbewegung des kleinsten Landes hat ihre Stimme, während die internationalen Berufs- und Industrieverbände nur beratende Stimme haben. Die Konferenz der Berufssekretariate nahm einen Antrag an, der auch vom Plenum des Kongresses gebilligt wurde, wonach der Vorstand des IOB. beauftragt wird, die Frage zu studieren, inwieweit die internationalen Berufssekretariate in den Bau des IOB. eingegliedert werden können. Außerdem wurde die neugebildete Internationale der Maschinisten gegen wenige Stimmen anerkannt. Der Vorstand des IOB. hatte den Berufssekretariaten die Entscheidung hierüber überlassen.

Da der Vorsitzende des IOB., der Engländer Citrine, wie der Kollege Leipart als Vize-Vorsitzender wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war, lag die Leitung des Kongresses in den Händen der übrigen stellvertretenden Vorsitzenden Jouhaux-Frankreich, Mertens-Belgien, Tagerle-Tschechoslowakei und Jacobson-Dänemark.

Die Deutschen waren leider außer dem Kollegen Sassenbach als Generalsekretär im Büro des Kongresses nicht vertreten. Trotzdem muß anerkannt werden, daß Jouhaux, der den Vorsitz führte, den Kongreß gut geleitet hat. Ein schnelles Arbeiten war dadurch ermöglicht. Man bedenke, daß die Verhandlungen auf internationalen Kongressen dadurch erschwert werden, daß jede Rede viermal gehalten bzw. übersetzt werden muß. Die Verhandlungssprachen waren: deutsch, englisch, französisch und schwedisch.

Die bedeutendsten Beschlüsse des Kongresses liegen in der Formulierung grundsätzlicher Fragen. Das Wirtschaftsprogramm des IOB. lag in dem schriftlich erstatteten Referat Leiparts in seinen Richtlinien fest. Der Kollege Eggert-Deutschland hatte es übernommen, die Richtlinien zu erläutern. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Er ging aus von der Dringlichkeit in der Betätigung der Gewerkschaften auf wirt-

schaftlichem Gebiet. Das Wirtschaftsprogramm selbst baut sich auf die Neuorientierung der Weltwirtschaft auf. Es gliedert sich in zwei Teile, einem internationalen und einem nationalen Teil. Bei dem ersteren tritt der IOB. als Vertreter auf, während bei letzterem die Landeszentralen als Vertretung zu gelten haben. Im internationalen Teil wird eine Kontrolle der Kartelle und Trusts, die Errichtung eines Wirtschaftsamts, Schiedsgerichtsbarkeit über die wirtschaftlichen Konflikte aller Länder untereinander, die Förderung des Güterausstausches usw. gefordert. Im nationalen Teil fordert das Wirtschaftsprogramm die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen der Rationalisierung, Förderung der Wirtschaft des Staates und der Gemeinden, besonders aber die Pflege der eigenen Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterschaft. Durch das Programm hat der Stockholmer Kongreß vor allem Anspruch auf Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung erhoben.

Stellt man das Wirtschaftsprogramm des IOB. als einen der bedeutendsten Beschlüsse heraus, so stellt sich das sozialpolitische Programm des Stockholmer Kongresses, das wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht haben, dem würdig an die Seite. Der Berichtstatter über diese Fragen war Mertens-Belgien. Manches von diesem Programm hat für Deutschland nur theoretischen Wert, weil vieles von dem hierzulande bereits seit Jahrzehnten Wirklichkeit geworden ist. Es wäre aber zweifellos auch für uns von Vorteil, wenn die übrigen Länder nachkommen würden. Wichtiger ist die auch in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichte Entscheidung, die von der Frage der Arbeitszeit handelt. Darin spricht sich der Kongreß für die baldmöglichste Einführung der 44-Stundenwoche als Etappe zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit für alle Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität, aus. Dieser Beschluß über die Arbeitszeit soll für die Arbeiter aller Länder ein Fanal sein. Der Kongreß hätte sich auch für die 40-Stundenwoche aussprechen können; wenn aber festgestellt wird, daß das Washingtoner Abkommen nur erst wenig Annahme fand, so ist es taktisch klüger, sich auf eine realisierbare Forderung als Etappe festzulegen. Es wird nun darauf ankommen, inwieweit die Arbeiter und Gewerkschaften aller Länder den IOB. in seinen Bemühungen in der Arbeitszeitfrage zu unterstützen in der Lage sind, sonst bleibt der Beschluß des Stockholmer Kongresses lediglich eine Forderung für die Zukunft, wie es die Forderung des Achtstundentages des Pariser Kongresses von 1889 jahrzehntelang geblieben ist.

Die Resolutionen über Krieg und Frieden und über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie, die wir in dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichten, sind für Deutschland nicht besonders aktuell, sondern stellen mehr eine programmatische internationale Forderung dar. Es wird Sache der Arbeiter in den Siegerstaaten sein, den überspitzten Militarismus in ihren Ländern zu bekämpfen. Trotzdem ist auch für uns die Frage der Abrüstung und der Bekämpfung der Kriegsgefahr von großer Bedeutung, die wir selbstverständlich zu unterstützen haben.

Ein Erfolg für Deutschland ist die beschlossene Sitzverlegung des Sekretariats nach Berlin. Der Stockholmer Kongreß hat sich der Ansicht nicht verschließen können, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, daß das Sekretariat der größten Massenorganisationen der Welt sich in einem kleinen Lande befindet. Es ist notwendig, daß der Kongreß dort seinen Sitz hat, wo die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen ihre stärksten Wellen schlagen. Für die Sitzverlegung nach Berlin stimmten in der

Hauptfrage folgende Länder: England, Dänemark, Oesterreich, Schweiz, Ungarn, Deutschland und die deutschen Vertreter der Tschechoslowakei. Dagegen stimmten: Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und die Tschechen. Der Beschluß kam mit 55 gegen 30 Stimmen zustande. Außer den deutschen Stimmen war eine Mehrheit von 9 Stimmen vorhanden. Die Vertreter von rund 10 Millionen Mitgliedern hatten für Berlin und die Länder mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern hatten für Amsterdam gestimmt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mit diesem Beschluß eine große Verantwortung übernommen. Dieser Verantwortung wird sie sich würdig erweisen und das Sekretariat des IGB. wird in Berlin einen erfolgreichen Arbeitsboden erhalten.

Nunmehr kommt es darauf an, das Generalsekretariat neu zu besetzen. Der bisherige Generalsekretär, unser Freund Sassenbach, will infolge seines Alters und der nunmehr beschlossenen Sitzverlegung seinen Posten unter allen Umständen verlassen. Er hat sich lediglich bereit erklärt, die Ueberleitung nach Berlin vorzunehmen und noch einige Monate auszuharren. Inzwischen soll ein neuer Mann von Ansehen und Format gesucht werden. Hoffentlich wird er bald gefunden, dann kann dieser mit seinem Stab seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen. Als Untersekretär fungiert der belgische Kollege Schewenels. Wir begrüßen schon heute die Spitze der größten internationalen Arbeiterorganisation in Deutschland und hoffen, daß eine gegenseitige Befruchtung der Arbeiten zu verzeichnen sein wird.

Es gilt noch, den Schluß des Kongresses besonders zu erwähnen. Der Kongressvorsitzende Jouhaux zeigte sich im Schlußwort noch einmal auf der Höhe des hinreißenden französischen Redners. Dabei dankte er den schwedischen Freunden für die vortreffliche Gastfreundschaft und dem bisherigen Generalsekretär Johannes Sassenbach für seine Tätigkeit. Was dieser in den 10 Jahren für den IGB. geleistet habe, sei in Worten kaum darzustellen. Wenn der IGB. als Machtfaktor derartig in Erscheinung tritt, so sei dies in der Hauptfrage Sassenbach zu danken. Nun kam eines der schönsten Momente, indem sich der Kongreß erhob und Sassenbach eine stürmische Ovation darbrachte. Wir schließen uns dem Danke des Kongresses an Sassenbach mit vollem Herzen an und hoffen, daß der neue Generalsekretär in dem gleichen Sinne zu wirken in der Lage ist. Der gemeinsame Gesang der „Internationale“ beschloß diesen Kongreß der bedeutungsvollsten Kulturorganisation der Geschichte.

Entschlieungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses

Zur Frage

Abrüstung und Friedenspakt

wurde nachstehende Entschlieung angenommen:

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Losung „Krieg dem Kriege“ aufgestellt. Er macht sich die von den Regierungen abgegebenen Erklärungen zu eigen, die den Krieg außerhalb des Gesetzes stellen und ihn als internationales Verbrechen bezeichnen. Er hält sie für eine geeignete Grundlage einer immer kräftigeren Aktion gegen die Kriegsgefahren sowie die offenen und geheimen Kriegstreiberien.

Diese Aktion hat folgende Punkte zu umfassen:

Sofortige Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen; baldmöglichste Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz durch den Völkerverbund und Abschluß eines ersten Uebereinkommens zur Eindämmung des Rüstungswettlaufs.

Kontrolle der Herstellung von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial sowie Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial. Durchführung einer energischen Aktion gegen die Kapitalisten der Rüstungsindustrie durch Boykötten, Plakate, Artikel und Versammlungen, um auf diese Weise die von ihnen erzeugten Gefahren aufzudecken und die Widerstände zu brechen, die sie dem Werke des Friedens durch ihre Interessenverbindungen entgegensetzen.

Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichts. Aktion der Arbeiter eines jeden Landes zur Erzwingung der Ratifizierung des internationalen Uebereinkommens über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren durch die Regierungen.

Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker. Damit übt die Arbeiterbewegung in allen Ländern auf die Regierungen einen wirksamen und dauernden Druck aus.

Die Gewerkschaftsbewegung bleibt im Mittelpunkt der Friedensaktion. Im Kampfe gegen Krieg und Militarismus ist die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und ihren angeschlossenen Parteien eine unbedingte Notwendigkeit. Die Aktion der Arbeiterschaft muß bei allen Gelegenheiten gefördert werden. Sie ist die einzige Garantie für den Frieden.

Die Bestrebungen der Arbeiter zugunsten des Friedens werden also

mit Nachdruck fortgesetzt. Es geht dabei um die direkten Interessen der Arbeiterklasse, um die Hoffnung auf ihre Befreiung, ihren Willen zur Schaffung einer gerechten Gesellschaftsordnung und die Vereinerung des Weges der Menschheit nach einer besseren Zukunft, zu Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Zur Lage der

Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie faßte der Internationale Gewerkschaftskongreß folgende Entschlieung:

Der 5. ordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß billigt die vom IGB. und seinen angeschlossenen Organisationen im Kampfe gegen die internationale Reaktion und Diktatur unternommenen Schritte in der Verteidigung der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie aller anderen demokratischen Rechte. Der Kongreß stellt fest, daß volle Demokratie für die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung eine Lebensbedingung ist. Er lehnt jede Form der Diktatur ab. Der Kongreß stellt fest, daß der IGB. und alle ihm angehörenden Organisationen in der Fortsetzung des Kampfes für die Demokratie alle ihre Kraft und ihren ganzen Einfluß aufbieten müssen.

Der Kongreß weist auf die Wichtigkeit der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse hin und gibt seiner Sympathie für alle Opfer der Reaktion und Diktatur Ausdruck. Der IGB. ist bereit, allen, die infolge ihres Bekenntnisses zu den gewerkschaftlichen Prinzipien Opfer der Einkerkelung und Verbannung, der Unterdrückung und des Terrors geworden sind, die Hand der Kameradschaft zu reichen und sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Der Kongreß fordert den IGB. und alle ihm angeschlossenen Organisationen auf:

Energisch den Widerstand der Arbeiter jener Länder zu unterstützen, in denen die Gefahr der Reaktion in der Form des Faschismus oder unter anderer Maske besonders akut ist.

Den Opfern der Reaktion und Diktatur materiell und moralisch beizustehen. Ein Beispiel solcher Unterstützungsmöglichkeiten ist der Matteotti-Fonds.

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit seinen Beistand zu leisten bei der Wiedererrichtung freier gewerkschaftlicher Organisationen und der Wiedereinführung demokratischer Rechte in den von der Diktatur beherrschten Ländern.

Den engsten Kontakt mit den freien Gewerkschaften und den führenden Gewerkschaftern in den der Tyrannei und Unterdrückung ausgelieferten Ländern zu unterhalten.

Eine kräftigere Propaganda für die Demokratie zu führen, besonders unter jenen Gruppen der Bevölkerung der in Frage kommenden Länder, die die Herrschaft der Diktatur blind unterstützen.

Sich für das volle Asylrecht der Flüchtlinge einzusetzen, die infolge ihres Kampfes für die Demokratie aus Ländern der Diktatur flüchten mußten. Pässe, wie sie der Völkerverbund ausstellt, sollen ihnen gesichert werden.

Im Kampfe für die Demokratie die engste Zusammenarbeit auf nationalem und internationalem Boden mit den sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.

Reichstagsneuwahl

Am 18. Juli hat der Reichstag mit 236 gegen 221 Stimmen das Verlangen gestellt, die am 16. Juli unter Mißbrauch der Verfassung erlassenen Verordnungen der Bürgerblockregierung Brüning, nach dem Urteil des Zentrumsabgeordneten Schlack die reaktionärste Regierung seit der Revolution, außer Kraft zu setzen. Dieses Verlangen, dem noch am gleichen Tage stattgegeben wurde, hat die Auflösung des Reichstages zur Folge gehabt. Am 14. September soll das deutsche Volk sich einen neuen Reichstag wählen. Die Zwischenzeit müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter, also auch unsere Kolleginnen und Kollegen benutzen, um die Indifferenten und Wankelmütigen über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl aufzuklären.

Es geht um eine gerechte Verteilung der Lasten; es geht um die Fortführung der Sozialpolitik; es geht, alles in allem, um die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.

Um diese Aufklärungsarbeit zu erleichtern, werden wir bis zum Wahltag mehrere Artikel veröffentlichen, in denen vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu allen wichtigen Fragen Stellung genommen wird, die bei der Reichstagswahl eine Rolle spielen. Betonen möchten wir aber jetzt schon, daß es für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter nur eine Partei gibt, die ihre Unterstützung verdient, nämlich die Sozialdemokratie. Sie allein ist es, die zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für die Forderungen der freien Gewerkschaften eintritt. Ihren Sieg gilt es deshalb mit allen Kräften herbeizuführen.



Tabakgewerbe



Entscheidungen des Schlichtungsausschusses für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe

Am 15. Juli dieses Jahres fand in Bremen eine Sitzung des nach § 10 des Reichstarifvertrages vorgesehenen Schlichtungsausschusses statt, zu der vom Reichsarbeitsminister der Schlichter für den Schlichtungsbezirk Nordmark, Herr Dr. Stenzel (Hamburg) als unparteiischer Vorsitzender bestellt worden war. Zwei Streitfälle unterlagen der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die nach dem Sitzungsprotokoll folgendermaßen erledigt wurden:

1. Antrag auf Einreichung der Stadt Allenstein in Ostpreußen in das Ortsklassenverzeichnis.

Alenstein ist noch nicht im Ortsklassenverzeichnis aufgeführt. Die Firma Tabakwerk Hugo Büttow & Co., Allenstein, beantragt Einreichung von Allenstein in Klasse I, die Arbeitnehmerverbände beantragen Einreichung von Allenstein in Klasse III.

Die Parteien tragen ihre Gründe vor.

Der Schlichtungsausschuss entscheidet einstimmig, daß Allenstein in Klasse II des Ortsklassenverzeichnisses einzureichen ist.

2. Klage des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands gegen die Firma Martin Brinckmann AG., Bremen, auf Zahlung der Affordjäge nach Wiedereinführung der Affordarbeit am 4. März 1930 nach der Vereinbarung der Firma mit ihrem Betriebsrat über Affordjäge vom 30. Dezember 1929.

Firma und Betriebsrat hatten am 30. Dezember 1929 neue Affordjäge vereinbart. Am 6. Januar 1930 vereinbarten sie sodann, daß ab diesem Tage im Zeitlohn gearbeitet werden sollte, weil bei weiterer Affordarbeit wegen Mangel an Auftragsbestand sonst eine größere Anzahl Arbeiter entlassen werden müßte.

Am 4. März 1930 ordnete sodann die Firma, teils auf Wunsch der Arbeiterschaft, wieder Affordarbeit an. Sie anerkannte dagegen nunmehr nicht die am 30. Dezember 1929 vereinbarten Affordjäge, sondern setzte für die am 4. März 1930 wieder beginnende Affordarbeit neue, zum Teil niedrigere Affordjäge von sich allein an, da im Verhandlungswege eine Einigung über neue Affordjäge zwischen Firma und Betriebsrat nicht zu erzielen war.

Die Arbeiterschaft verlangt Bezahlung der Affordarbeit nach den Affordjägen vom 30. Dezember 1929. Die Firma steht auf dem Standpunkt, daß sie die Affordarbeit nur nach den von ihr festgesetzten neuen Affordjägen zu bezahlen habe, da auch diese noch einen Uebernerdienst von 10 und mehr Prozent ergeben, wie es der Tarif grundsätzlich verlangt.

Der Schlichtungsausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit, daß die am 30. Dezember 1929 zwischen den Parteien vereinbarten Affordjäge nicht endgültig aufgehoben, sondern nur vorübergehend aus sozialen Erwägungen außer Kraft gesetzt worden sind. Sie treten deshalb nach Wiedereinführung der Affordarbeit erneut in Kraft.

Der Schlichtungsausschuss empfiehlt indessen einstimmig den Parteien, mit Rücksicht darauf, daß am 1. Oktober neue Tariflöhne in Kraft treten und dann eine Neuregelung der Affordjäge ohnehin eintreten würde, diese Neuregelung schon jetzt vorzunehmen, die dann für die Dauer des Lohntarifes Gültigkeit haben soll.

Artikel 48 und Tabaksteuergesetz

Ab§ 2 des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches ermächtigt den Reichspräsidenten, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird. Daß diese Bestimmung mit dem Tabaksteuergesetz irgendwie in Verbindung gebracht werden könnte, wird wohl kaum jemand für möglich halten. Dennoch hat die Reichsregierung es fertig gebracht, im dritten Abschnitt der „Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930“ nicht nur die Zahlungsfristen für den Steuermert der Zigarettenbänderolen um einen Monat zu verkürzen, sondern auch noch die Zigarettenkontingentierung um ein Jahr zu ver-

längern und die Steuer für Zigarettenpapier von 5 M auf 2,50 M herabzusetzen. Für die Zeit vom 16. Juli bis zum 31. Dezember dieses Jahres sieht die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 eine Verkürzung der Zahlungsfristen für den Steuermert der Zigarettenbänderolen um einen halben Monat vor. Ferner bestimmt sie, daß der Steuermert der in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1930 entnommenen Steuerzeichen für Zigaretten mit je einem Zehntel des Gesamtbetrages am dritten und achtzehnten Tage jeden Monats, beginnend am 3. August 1930, und der Steuermert der in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1930 entnommenen Steuerzeichen für Zigaretten am 18. August 1930 einzuzahlen ist. Hinsichtlich der festgesetzten Verkürzung der Fristen um einen Monat für die Zahlung des Steuerzeichnwertes für Zigaretten soll nach der Verordnung der Reichsminister der Finanzen die näheren Bestimmungen für den Uebergang, insbesondere über Zeitpunkt und Höhe der Zahlungen des Steuerwertes mit der Maßgabe treffen, daß die Zahlungen bis zum 3. März 1931 zu leisten sind.

Man mag über Zahlungsfristen, Kontingentierung und Höhe der Tabaksteuerfäge im einzelnen denken wie man will — wir haben mit unserer Meinung darüber wirklich nicht hinter dem Berge gehalten —, unter keinen Umständen darf der Reichstag bei der Regelung solcher Dinge ausgeschaltet werden, wie es in diesem Falle geschehen ist. Lange hat die Herrlichkeit ja nicht gedauert. Am 18. Juli hat der Reichstag das Verlangen gestellt, die Verordnungen vom 16. Juli 1930 außer Kraft zu setzen. Diesem Verlangen ist noch am selben Tage Rechnung getragen worden. Ob in der neuen Verordnung der Reichsregierung, die bereits angekündigt worden ist, auch die Tabaksteuer wieder eine Rolle spielen wird, steht noch dahin, unwahrscheinlich ist es jedoch nicht.

Die dänische Tarifbewegung erfolgreich beendet

Die dänische Tarifbewegung, von deren Einleitung wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 11 berichteten, kann als abgeschlossen bezeichnet werden, nachdem die dänische Kollegenschaft mit überwältigender Mehrheit die getroffenen Vereinbarungen angenommen hat. Stimmen wurden abgegeben: beim Abkommen in der

Zigarrenbranche 3740 dafür u. 1372 dagegen bei 112 Stimmenthaltungen
Zigaretten- und
Rauchtabakbr. 508 dafür u. 143 dagegen bei 20 Stimmenthaltungen
Kautabakbranche 505 dafür u. 29 dagegen bei 13 Stimmenthaltungen

In der Zigarrenbranche ist es gelungen, die unterschiedliche Entlohnung für geteilte und andere Formarbeit zu beseitigen, indem für die geteilte Formarbeit der Lohn insgesamt um 10 v. H. erhöht wurde. Während der dreijährigen Tarifdauer erhöht sich der bisherige Lohn jedes Jahr um ein Drittel dieser Zulage. Die gleiche Regelung ist für die Maschinenpapierzigarren getroffen worden, wo die Lohnerhöhung insgesamt 6 v. H., pro Jahr also 2 v. H. ausmacht. Für Handarbeit beträgt die Zulage im Durchschnitt 0,75 Kronen für das Wille. Auch bei den übrigen Affordarbeiten sind Verbesserungen erzielt worden.

Der Wochenlohn für die Arbeiter an den Maschinen, die den Tabak entripfen, ist in drei Jahreszulagen um insgesamt 10 v. H. verbessert worden. Außerdem ist der Wochenlohn erhöht worden für die Deckblattaufseher von 49,85 auf 53 Kronen, für weibliche Arbeiter von 31,60 und 32,40 auf 33,50 Kronen. Ferner haben die ungelerten Arbeiter in der Provinz eine Zulage erhalten, so daß sie jetzt mit ihren Kopenhagener Kollegen gleich stehen, deren Wochenlöhne auf 60 Kronen für verheiratete und 57,50 Kronen für unverheiratete ausgerundet worden sind.

Ferien gibt es in der letzten Julwoche sechs Arbeitstage, die bisher mit 2 v. H. des Jahresverdienstes entschädigt wurden. Diese Ferienentschädigung ist für das laufende Jahr auf 2½ und für die beiden nächsten Jahre auf je 3 v. H. des Jahresverdienstes festgesetzt worden. Also auch in dieser Beziehung eine merkliche Verbesserung, die zugleich auch den Weg freimacht zu einer Vermehrung der Ferientage.

Volksentscheid über Zigarettenverbot

Die Wähler im Staate Oregon werden im Herbst über die Frage zu entscheiden haben, ob Zigaretten aus den Grenzen Oregons gebannt werden sollen. Den Zigarettengegnern von Oregon ist es gelungen, 16 000 Stimmen für eine Petition zusammenzubringen, die ein Volksreferendum über ein Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Besizes von Zigaretten und Zigarettenmaterial im Staate fordert. Unter der Verfassung des Staates Oregon ist eine derartige Stimmenzahl zur Herbeiführung des Referendums mehr als ausreichend.

Es geht doch nichts über den amerikanischen Spleen.

Gau- und Zahlstellenberichte

Tabatarbeiter vom Gau Heidelberg am freien Rhein. Die längst geplante Rheintour ist am 12. und 13. Juli vor sich gegangen. Eine stattliche Zahl unserer Mitglieder hatte sich schon am Abend des 11. Juli in Heidelberg eingefunden, um am folgenden Morgen die gemeinsame Tour mitzumachen. Die gartigen Witterungsverhältnisse der letzten Tage konnten unsere Kolleginnen und Kollegen keineswegs entmutigen, weil die Freude zu groß war, unseren, nun wieder freien deutschen Rhein mit seinen Naturschönheiten besichtigen zu können. Punkt 5.38 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung und führte uns über die Bergstraße nach Darmstadt und von dort über Mainz nach Bingen, wo sich wider Erwarten der Himmel aufklärte. Bei der Ueberfahrt nach Rüdelsheim machte das Niederwalddenkmal auf alle Teilnehmer einen ganz gewaltigen Eindruck, ebenfalls das gesamte Rheinpanorama. Nach Besichtigung des Denkmals selbst und einem prachtvollen Ausblick auf den Rheinstrom mit seinen wunderbar gelegenen Städtchen und Dörfern ging der Marsch nach Altmannshausen. Auf dem Wege vom Denkmal sandte uns der Himmel zur Abkühlung einen kleinen Spritzer, der aber gar keinen Einfluß auf die gemüthliche und humorvolle Stimmung unserer Kolleginnen und Kollegen ausübte. Von Altmannshausen ging es mit dem schönen Rheindampfer „Eberfeld“ bei herrlicher Musik an recht vielen, herrlich gelegenen alten Burgen und Dörfern vorbei bis Koblenz. Dort wurden wir von unseren Kollegen und Genossen recht freundlich empfangen, die uns auch die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt zeigten. Im Stammlokal angekommen, begrüßte uns Gewerkschaftskollege Schettler als Vertreter der Koblenzer Gewerkschaften, der uns in einer formvollendeten Rede einen Rückblick auf die Entwicklung der Koblenzer Arbeiterbewegung und deren Leidenszeit während der Besetzung gab. Wir haben viel gelitten, sagte er zum Schluß, aber unsere Gefinnung konnte man uns nicht rauben. Gauleiter Klein (Heidelberg) und Kollege Köffel (Heilbronn) dankten in bewegten Worten den Vertretern der Koblenzer Genossen für die freundliche Aufnahme mit der ausdrücklichen Betonung, daß wir stets mit ihnen gefühlt und entsprechend gehandelt hätten. Was sie für uns getan, soll ihnen vergolten werden. Wir müssen uns immer besser verstehen lernen, denn nur durch das Verstehen und geschlossene Handeln werden wir die wirtschaftliche und politische Macht erringen. Der allgemeine Beifall bewies, daß alle Redner aus dem Herzen der Anwesenden gesprochen hatten. Am andern Morgen ging es wohl ausgeruht zur weiteren Besichtigung und zum roten Hahn, um dort die Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen. Punkt 11.25 Uhr ging es wieder per Dampfer von Koblenz bis Bingen, nochmals glitt das herrliche Rheinpanorama bei herrlichem Sonnenschein an uns vorüber. Ueberall Freude und Gesang. Mit steter Verzögerung kam unser Schiff in Bingen an. Nun ging es mit dem Sillzug über Mainz, Worms, Frankenthal, Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg wieder nach Heilbronn in die Heimat, mit der Ueberzeugung, recht schöne und frohe Stunden im Kreise von Berufs- und Gefinnungsgenossen am freien deutschen Rhein verlebt zu haben. Aller

Wunsch geht dahin, für die nächstjährigen Ferien wieder einen gemeinsamen Ausflug zu machen. Für diesmal gebührt unser Dank dem Kollegen Ludwig Klein (Heidelberg), der diese herrliche Tour als Rheinländer vorgeschlagen und zu aller Zufriedenheit zu Ende geführt hat. Es war nur schade, daß nicht alle Gemeindedeten infolge der allgemeinen schlechten Lage in der Tabakindustrie die Tour mitmachen konnten. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo alle Berufsgenossen mindestens einmal im Jahr eine solche schöne Tour sich leisten können, das wollen wir uns erkämpfen durch den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen

Am 26. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

11. Juli. Bünde 700.—
 12. Heilbronn 221.50, Ebernforde 45.70, Eifenach 190.80, Oberhausen 115.95, Fürstentagen 45.90, Hann.-Münden 424.08, Hohenhausen 200.—, Süterbog 92.10, Wittweida 149.80, Mülhausen 10.90, Oberkunnnersdorf 360.—, Spremberg 128.—, Schönberg 140.—, Trebnitz 142.90.
 14. Bad Orb 57.—, Bredstedt 240.15, Briedel 78.45, Zell 15.10, Heide 50.—, Grevesmühlen 20.—, Langwedel 300.—, Neuentkirchen 46.70, Neuhaus/Elbe 55.25, Rotenburg 43.05, Warendorf 50.—, Marburg 171.55, Unterrieden 266.85, Rogheim 55.90, Oberottendorf 80.—, 15. Sieben 600.—, Bochum 30.—, Buttstädt 62.50, Mügeln 26.—, Obernied 600.—, Rinteln 39.80, Döbeln 600.—, Schöneck 700.—
 16. Burgsteinfurt 942.—, Herford 250.—, Elsterberg 71.90, Rees 31.10, Goldberg 260.—
 17. Rülshcim 70.01, Salzkufen 90.—
 18. Halberstadt 70.—, Münster 62.10, Oschersleben 400.—, Zeitz 9.50, Minden 1300.—, Gera 50.—
 19. Danzig 10.—
- Bremen, den 22. Juli 1930. J. Krohn.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdetlich für den Verband!

Gummiwaren
Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Unserer lieben Kollegin
Louise Bohle
zum 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Benig

Billige böhmische Bettfedern!
Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M,
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gute Erfahrungen mit der Prof. Dr. med. Ruhnschen Maske

Eine natürliche Heilmethode ohne Arzneien — Verbesserung der Atemtätigkeit bei Atemnot — Bessere Wirkung sogar als im Höhenklima

Nachstehend einige Auszüge aus der wissenschaftlichen Literatur:

Bronchialkatarrh Es ist überraschend, wie gewisse schwere Bronchitiden und mit Bronchitis kombinierte Emphyseme unter der Einwirkung der Maske wesentlich gebessert werden. Endlich haben wir die Maske für viele Fälle von Asthma bronchiale mit Glück angewendet. Schon nach wenigen Tagen pflegen die Kranken ihre Anfälle zu verlieren. Das gilt nicht nur für die Kranken im Krankenhaus, sondern ich habe ähnliche Erfahrungen auch in der Privatpraxis gemacht.
Beh. Rat Prof. His in der Gesellschaft der Charitéärzte.

Asthma Ich kann sagen, daß ich erfreut und verblüfft zugleich gewesen bin über die selbst an ganz veralteten, schweren Fällen von Asthma erzielten Erfolge. Drei Frauen von 80, 60 und 50 Jahren, zwei Männer von 60 und 35 Jahren waren nach etwa achtzigem Gebrauch der Maske so weit gebessert, daß sie schwere Anfälle überhaupt nicht mehr bekamen und ihres natürlichen Morphiums, dessen sie seit Jahren bedurften, ganz entraten konnten. Die 80jährige und die 60jährige Frau, die vorher ihr Zimmer seit Jahren nicht mehr hatten verlassen können, gingen etwa nach zwölftägigem Gebrauch der Maske wieder spazieren.

Emphysem Ich hatte ferner Gelegenheit, vier Emphysematiker mit der Maske zu behandeln: Ein 65jähriger Postbeamter sollte auf vier Wochen nach dem Süden geschickt werden. Die Maske hat ihm die teure Kur im Süden erspart.
Correspondent Dr. Fürbringer in der Zeitschrift für ärztl. Fortbildung.

Schwache Brust Der Brustkorb wird stark erweitert, das Lungenvolumen wird größer, der Blutbefund wird günstiger als bei jeder anderen therapeutischen Methode, auch das Höhenklima eingerechnet. Das subjektive Wohlbefinden und die Körperkräfte werden stark gehoben.
Dr. Wassermann in der Monatschrift für die Phys.-Diät. Heilmethoden.

Lungentuberkulose Mehrere Tuberkulosen in verschiedenen Stadien sind alle günstig beeinflusst worden. Alle Patienten gaben eine angenehme subjektive Einwirkung auf die Beschwerden durch die Maske an, wie erhebliche Abnahme des Hustens, leichtere Atmung.
Dr. Seebens in der Militärärztlichen Zeitschrift.

Herzschwäche In zwei Fällen von Herzinsuffizienz besserte sich der Zustand nach Maskenatmung (5mal täglich 20 Minuten) zusehends, nachdem herzstärkende Mittel und eine Rauheimer Kur versagt hatten.
Dr. Sachs in der Münchener Medizinischen Wochenschrift.

Nun fragen Sie auch Ihren Arzt nach der Prof. Ruhnschen Maske, deren absolute Unschädlichkeit von zahlreichen Professoren ausdrücklich hervorgehoben wird. Inhalier-Vorrichtung zu jeder Maske unsonst. Ausführliche Drucksachen kostenlos von der Gesellschaft für medizinische Apparate, Berlin-Schlachtensee, Albrechtstr. 123.

Für ein soziales Miet- und Wohnrecht

Auf dem Mietertag des Reichsbundes Deutscher Mieter, der am 5. und 6. Juli in Braunschweig abgehalten wurde, stand im Mittelpunkt der Erörterungen die Frage des deutschen Miet- und Wohnrechts. Der künftigen Gestaltung dieses Rechts kommt eine besondere Bedeutung zu, denn rund 90 v. H. der Gesamtbevölkerung wohnen zur Miete und fast eine Million Familien besitzen keine eigene Wohnung.

Neben den drei Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften waren auf der Mietertagung diesmal auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften vertreten, ferner hatten die großen politischen Parteien mit Ausnahme der Volkspartei zu dieser Tagung Vertreter entsandt.

In seinem mieterpolitischen Geschäftsbericht wies der Bundesvorsitzende D z i e y k auf die auffallende und jeder Gerechtigkeit hohnsprechende Tatsache hin, daß, obwohl neun Zehntel der Bevölkerung als Mieter anzusprechen sind, es doch dem kleinen Häufchen organisierter Hausbesitzer mit Hilfe der Rechtsparteien bisher gelungen ist, eine Umwandlung der bestehenden Wohnungsnotgesetze in ein soziales Miet- und Wohnrecht als Dauerrecht zu verhindern. Die Mieterschutzgesetze (Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz) sind im Februar d. J. mit Ach und Krach nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden, obwohl das Kabinett Müller-Wissell eine Verlängerung bis zum 30. Juni 1932 für unumgänglich notwendig hielt. Volkspartei, Zentrum und Demokraten als Regierungsparteien, stimmten damals gegen die Regierungsvorlage, so daß nur eine Verlängerung bis zum Ende Juni 1931 zustande kam. Kein Mensch wird ernstlich behaupten wollen, daß um die Mitte des kommenden Jahres sich die Verhältnisse im Wohnungswesen bereits derart gebessert haben werden, daß eine gesetzliche Bindung in bezug auf Miethöhe und Schutz gegen willkürliche Kündigung überflüssig ist.

Wie die Verhältnisse zurzeit liegen, auch im Hinblick auf die starke Drosselung der Wohnungsbautätigkeit, ist nicht damit zu rechnen, daß in den nächsten 15 Jahren die Wohnungsnot beseitigt werden kann. Der Mieterschutz ist also auf lange Zeit hinaus noch dringend erforderlich. Es ist aber nicht nur eine Verlängerung der Mieterschutzgesetze in ihrem bisherigen Umfang für die nächsten Jahre notwendig. Solange der § 52 des

Mieterschutzgesetzes bestehen bleibt, ergibt sich für die Mieterschaft die eigenartige und nachteilige Situation, daß wohl durch Reichsgesetz der Mieterschutz formal besteht, die Länderregierungen aber mit Hilfe des § 52 durch Lockerungsverordnungen das Reichsgesetz unterhöhlen können, so daß praktisch der Mieterschutz schon heute vielfach nicht mehr vorhanden ist.

Zu den Absichten auf Beschränkung der Rechte der Mieter gefellen sich weiter noch Bestrebungen, die Miete für die Altmwohnungen zu erhöhen. Nicht genug damit, daß die Hälfte der Hauszinssteuer ihrem eigentlichen Zwecke, dem Wohnungsbau, ohnehin nicht zugeführt wird, sondern für den allgemeinen Finanzbedarf Verwendung findet, ist es in der letzten Zeit bei Ländern und Gemeinden zu einer gern geübten Methode geworden, durch Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, die wieder auf die Miete umgelegt werden, sich also als Mietssteigerung auswirken, ihre in Unordnung geratenen Finanzen auszugleichen.

So ist ab 1. Juni d. J. in Preußen eine 4prozentige Mieterhöhung eingetreten. Das Zentrum hatte sogar eine 10prozentige beantragt, wovon es anscheinend aus purer christlicher Nächstenliebe 2 v. H. dem Hausbesitz zuließen lassen wollte. Und das sollte geschehen, trotzdem bereits jetzt in Preußen Jahr um Jahr sich der Hausbesitz von dem Aufkommen der Hauszinssteuer rund 300 Millionen in die Tasche steckt. Thüringen hat gleichfalls die Miete um 6 v. H. erhöht. Hierzu kommen nun vielfach noch Zuschläge der Gemeinden zur Deckung des Defizits in ihrem Haushalt, so daß, wenn auch immer noch als gesetzliche Miete für Altmwohnungen 120 v. H. der Friedensmiete gelten, tatsächlich 135 bis 140 v. H., an manchen Orten sogar bis 156 v. H. der Friedensmiete gezahlt werden müssen.

Aber nicht genug damit, es ist auch eine weitere sehr erhebliche Steigerung in Sicht. Am 1. Januar 1932 werden die Aufwertungshypotheken fällig. Die Reichsregierung hat nun einen Entwurf eines „Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken“ ausgearbeitet. Dieser will in erster Linie die Hypothekengläubiger von der Kündigung ihrer Aufwertungshypotheken abhalten, indem eine erhebliche Erhöhung der Hypothekenzinsen zugesichert wird. Zurzeit werden die Aufwertungshypotheken mit 5 v. H. verzinst. Nach dem Plane des

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruehland

II (Nachdruck verboten.)

Rudolf hatte zu seinem fünfundzwanzigsten Geburtstag den in der Nähe von Ramsdorf gelegenen Herrensitz Wehrstedt erhalten und bewirtschaftete das ziemlich umfangreiche Gut nicht eben musterhaft. „Wozu habe ich denn meine Leute“, pflegte er auf Vorhalt zu sagen. Seinem gewissenhaften Bruder war diese Auffassung ein Dorn im Auge und als Rudolf eine viermonatige Erholungsreise angetreten, von der er erst bei Vaters Tod zurückgekehrt war, hatte sich Kurt der Zustände auf Wehrstedt erbarmt und wenigstens die schreiendsten Mängel beseitigt. Am liebsten hätte es Rudolf gesehen, wenn sein Bruder die Zügel der Leitung auch fernerhin behalten hätte, was dieser aber im Hinblick auf seine jetzige Tätigkeit, die große Anforderungen an seine geistige Kraft stellte, rundweg ablehnte.

Eben hatte Kurt wieder über die allzu große Sorglosigkeit gescholten, mit der sein Bruder wirtschaftete. Achselzuckend erwiderte er: „Du lieber Himmel, ich bin nun nicht zum Lebendigbegraben sein geschaffen. Ich will mein Leben genießen, wenn ich erst in die Jahre komme, hört es von selber auf.“ Sarkastisch erwiderte Kurt: „Du fängst das Leben gerade verkehrt an. Meist arbeitet man in der Jugend und genießt im Alter, wo die Arbeit nicht mehr so recht schmecken will.“

„Du mit deinen 30 Jahren, Rudolf“, wandte Frau Wallner ein — „ich meine, nachgerade würde es doch Zeit, zur Besinnung zu kommen.“

Ueberlegen meint er: „Mamachen, das Alter hat wenig zu sagen. Man ist nicht so alt, wie man ist, sondern wie man sich fühlt. Aber ihr versteht das nicht so! Ihr verkümmert auf euerm Ruff“ — und, zu Kurt gewendet, fuhr er fort: „Du mußt mal wieder heraus in die Welt, mußt dich von der Scholle lösen. Es

geht nichts über so ein bißel Reifen, das bildet und erweitert den Horizont.“

„Und meine Pflichten?“ lautete die Antwort. „Uebrigens genügt mir der Umfang meines jetzigen Horizonts vollkommen. Der intime Verkehr mit meiner Umgebung erschließt mir ein reichlicheres Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse derselben, als es durch die ausgedehntesten Reisen je der Fall sein könnte. Auf Reisen gibt sich jeder nur von der vorteilhaftesten Seite, insofern pflichte ich dir bei, als es bildet. Aber dabei läßt sich niemand in die Seele blicken und nur, wenn dir deine Mitmenschen ihr Innerstes, was sie bewegt, bloßlegen, kann von einem Erweitern des Horizonts die Rede sein.“

„Geschmacksache! Mir liegt nichts daran, meines Nächsten Süßner und Gänse zu erfahren, wenn er nur als Gesellschaftsmensch zu genießen ist“, erwiderte Rudolf spöttisch.

„Wir sind die steifleinernen Menschen ein Greuel“, sagte Frau Wallner. „Da ist mir eine Unterhaltung mit einem der Häusler oder einem unserer Arbeiter zehnmal lieber.“

„Gewiß, Mutter, und mit Recht! Diesen Leuten ist Lüge und Verstellung noch nicht zur zweiten Natur geworden. Und wenn es auch manchmal ein bißchen hart herauskommt, so hört man doch die Herztöne heraus“, klang es befriedigt zur Mutter herüber.

„Die Art Herztöne sind nun einmal nicht nach meinem Sinn. Uebrigens, mir fällt da ein, du hast den ehemaligen Zuchthäusler, den Schreiter, wieder aufgenommen! Ohne dir zu nahe zu treten, aber mir scheint deine Handlungsweise das beste Mittel, die anderen Arbeiter zu korrumpieren!“ sagte Rudolf tadelnd.

„Erstens ist der Mann nicht Zuchthäusler, sondern war im Gefängnis, der Unterschied dürfte auch dir klar sein. Und dann, was sollte aus dem Mann werden? Sollte ich ihn auf die Strafe schicken, wenn er um Arbeit fragt, die ja vorhanden war? Damit er vollends verbittert und verkommt?“ lautete Kurts heftige Erwiderung.

wirtschaftsparteilichen Justizministers Bracht ist eine Erhöhung auf 7 bis 8½ v. H. geplant. Ueberall geht der Zinsfuß herunter, hier soll er heraufgesetzt und die Mieter dürfen die daraus entstehenden Kosten tragen. Die Mietsteigerung tritt vielleicht schon am 1. Juli 1931 ein.

Die Wirtschaftspartei als Vertreterin der Hausbesitzer will anscheinend damit zwei Ziele erreichen. Einmal soll durch die in Aussicht gestellte erhebliche Zinserhöhung der Hypothekengläubiger abgehalten werden, seine Hypothek zu kündigen. Hinterher wird man den Zinsfuß wieder herabsetzen unter Hinweis auf die allgemein sich vollziehende Zinsverbilligung. Die auf Grund der Zinserhöhung gesteigerte Miete soll aber dann weiter gezahlt werden. Der so entstehende Differenzbetrag fließt alsdann, ähnlich wie bei der Hauszinssteuer in Preußen, den Hausbesitzern in ihre ewig leeren Taschen.

In der Bausparkassenfrage nahm der Reichsmietertag eine ablehnende Haltung an, ähnlich wie es die freien Gewerkschaften aus wohl ermögenden Gründen bereits vor einigen Wochen getan hatten. In der öffentlichen Tagung am 6. Juli, die im alten Rathaus der Stadt Braunschweig stattfand, sprach der Senatspräsident F r e y m u t h über

Das deutsche Mietrecht der Zukunft

Er verwies dabei auf das moderneren Anschauungen Rechnung tragende Arbeitsrecht und forderte, daß im künftigen sozialen Wohn- und Mietrecht die gleiche Auffassung gelten müsse. Die dem Bürgerlichen Gesetzbuch zugrunde liegende Rechtsauffassung, daß es sich bei Abschlüssen über Miet- und Wohnverhältnisse um zwei gleich starke Vertragsparteien handele, sei überholt. Unbetritten wäre früher und in noch stärkerer Maße heute der Mieter dem Vermieter gegenüber der wirtschaftlich Schwächere und bedürfe daher eines besonderen Schutzes. Bindungen, wie sie das Arbeitsrecht für notwendig erachtet, um den Arbeitnehmer vor der Willkür des Unternehmers zu schützen, müssen auch in das künftige soziale Mietrecht zum Schutze der Mieter gegenüber der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Vermieters eingebaut werden.

In der geschlossenen Tagung am Nachmittag wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

Die auf dem Reichsmietertag des Reichsbundes Deutscher Mieter z. B. vom 2. bis 6. Juli 1930 in Braunschweig versammelten Vertreter erheben schärfsten Protest dagegen, daß Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz entgegen dem einmütigen Beschluß der Reichsregierung und des Reichsrates vom Reichstage nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden sind.

Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gesetzesvorlagen

„Mein Gott, was kümmert's dich, was aus ihm wird? Die Art Leute hält man sich am liebsten zehn Schritt vom Leibe“, warf Rudolf unwirsch ein.

„So! Und was erreichst du damit? Daß er binnen kurzem wieder an die Pforte des Gefängnisses klopft! Nein, da erkennst du denn doch deine Pflichten, was mich von dir nicht weiter wundert, aber aus dir spricht die Meinung Tausender und aber Tausender. Als ob es nicht unsere vornehmste Aufgabe sein müßte, glücklichere Zustände zu schaffen, dann werden wir auch bessere Menschen haben. Der Schreiter macht gewiß keine Dummheiten wieder, da darfst du sicher sein, aber das wäre der Fall gewesen, wenn er keine Arbeit erhalten hätte. In solchen Fällen kann man gar nicht kräftig genug zupacken, diese Strafenlassen sind nach ihrer Rückkehr schwach wie die Fliegen im Winter und fallen unfehlbar in das alte Elend zurück, wenn man sich ihrer nicht annimmt.“

„Sie treiben es ja auch danach, Strafe muß sein“, entgegnete Rudolf.

„Nützt sie etwas, wie?“ fragte Kurt.

„Aber, Kurt, ich bitte dich“, warf Frau Wallner ein. „Die Greuel wüchsen uns doch über den Kopf, wenn es keine Strafe gäbe.“

„Solange wir kein anderes Mittel haben wie die Gefängnisse, werden sich die Zustände nicht bessern. Was nützt es denn, wenn man die Gestrauchelten wie Unkraut aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft reißt und auf den gärenden Komposthaufen der Gefängnisse wirft? Die Wurzel treibt um so kräftiger weiter. Und da gilt es, diesen die Nahrung zu entziehen, den Boden zu verbessern. Und da wir den Boden bilden, in dem das Unkraut wurzelt und gedeiht, so ist es an uns, die Regulierung vorzunehmen. Mit schönen Reden und guten Lehren und neuen Gesetzen ist da nichts getan, durch Beispiele müssen wir wirken, denn wir haben es zu verantworten, wenn sich die sozialen Probleme mehren und aufstürmen.“

der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei auf Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung.

Der Reichsmietertag fordert:

1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung unter Beseitigung der von den Ländern, insbesondere vom Freistaat Thüringen vorgenommenen Lockerungen;
2. Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Mieter aller Neubauwohnungen und derjenigen Räume, die der Mieterschutzgesetzgebung nicht unterliegen, durch alsbaldige Einführung eines sozialen Miet- und Wohnrechts;
3. Umwandlung der vom Reichstag im Dezember 1929 angenommenen „Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen“ in für alle Länder und Gemeinden zwingende Bestimmungen;
4. Umgehende Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes;
5. Restlose Verminderung der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau;
6. Dauernde Erfassung des Geldentwertungsgewinnes und des unverdienten Wertzuwachses des Hausbesitzes;
7. Ablehnung jeder weiteren Mieterhöhung, insbesondere auch zum Zwecke der Abwälzung erhöhter Zinslasten, Steuern und Gebühren auf die Mieter;
8. Herabsetzung des Mietzinses in Verbindung mit dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten allgemeinen Preisabbau.

Der Reichsmietertag fordert erneut mit aller Dringlichkeit eine ständige Vertretung der Mieterschaft im Reichswirtschaftsrat durch vom Reichsbund Deutscher Mieter z. B. zu benennende Vertreter.

Die auf dem Reichsmietertag wiederholt erhobenen Klagen, die politischen Parteien, die in erster Linie die Interessen der breiten Masse vertreten, hätten sich den Fragen des Mieterschutzes nicht energisch genug angenommen, erscheinen nicht ganz unberechtigt. Es wurde sehr richtig gesagt, daß das Miet- und Wohnproblem nicht nur eine Angelegenheit der Mietervereine, sondern heute eine Lebensfrage des deutschen Volkes sei. So ist es in der Tat! Die Arbeitervertreter in den Parlamenten ebenso wie die Gewerkschaften haben angesichts der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse, der trostlosen Lage auf dem Arbeitsmarkt, der bedenklichen Zustände im Wohnungswesen und im Hinblick auf die Millionenausgaben, die zur Erhaltung und Wiederherstellung der Volksgesundheit notwendig sind, ein sehr starkes Interesse an der Ausgestaltung der Wohnungs- und Mietgesetzgebung. Nicht das freie Spiel der Kräfte im Miet- und Wohnungswesen, wie es von den Parteien der Grundbesitzer und Bodenspekulanten erstrebt wird, sondern ein soziales Wohn- und Mietrecht, welches der Arbeiterschaft gesunde und billige Wohnungen schafft — die Wohnungsinhaber aber gleichzeitig vor ungerechtfertigter Mietsteigerung und Kündigung schützt — muß das Ziel der weiteren Bestrebungen sein.

Kurt hielt erregt inne.

„In jeder Stadt zehn solche sonderbare Heilige, und die Menschenliebe wird zum Fanatismus“, miselte Rudolf, dem der Eifer des Bruders unbehaglich wurde.

Auch Frau Wallner erhob sich, und ihre Söhne respektierten das Zeichen, womit sie zu verstehen gab, daß sie die Unterhaltung nicht fortzusetzen wünschte. So gern sie „ihre Jungen“ um sich hatte, wurde ihr deren Geplänkel ungemütlich, sobald sich das Gespräch den Grenzen näherte, hinter denen die Explosion lauert. So gingen sie doch einigermaßen friedlich auseinander.

Obgleich nun schon Monate seit der Uebernahme der Werke verfloßen waren, hatte Dr. Wallner noch keine Muße gehabt, den schriftlichen Nachlaß seines Vaters zu ordnen und durchzusehen.

Heute wollte er sich endlich die Zeit zur Sichtung nehmen, denn in den Miesenfächern des väterlichen Schreibtisches ruhte die geheime geschäftliche — die offizielle geschäftliche wurde in den Räumen des Büros in ganze Wandreihen einnehmenden Shannon-Mappen aufbewahrt — und die Privatkorrespondenz beieinander. Seine Mutter hatte den Wunsch geäußert, die gesamten Privatbriefe in ihrem Besitz zu haben. Allzu groß war die Zahl derselben nicht, denn man schrieb in früheren Jahren nur, wenn man unbedingt mußte, wenn irgendein wichtiges Ereignis in der Familie dazu drängte. Aber dafür enthielten diese Briefe räumlich und inhaltlich ungefähr das Dreifache der heutigen kurzen Episteln, denn man nutzte das Porto gründlich aus.

Es hatte für ihn einen eigenartigen Reiz, zwischen diesen vergilbten und im Falz morsch gewordenen Papieren zu blättern, diesen Zeugen längstvergangener Zeiten. Da fand sich u. a. ein Brief, worin der Vater des Kommerzienrats an seinen Sohn die Ermahnung richtete, ja recht sparsam zu leben, er schien aus den Tagen herzurühren, wo er sich auf der Walze befand, denn eine Stelle lautete: „Und Sorge, daß du Stiefeln

Lebenshaltungskosten und Reallohne in Rußland

IAB. Die Frage der Anpassung der Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten hat der Regierung, den Gewerkschaften und der Sowjetpresse Anlaß gegeben, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. Im Jahre 1928/29 war, vornehmlich durch die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten und damit ein Sinken des Reallohnes zu verzeichnen. Die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse betrug in diesem Jahre 14,4 v. H. im Vergleich zum Vorjahre. Am 1. Oktober 1929 hat sich die Indezahl auf 233 erhöht (1913 = 100). Diese Preissteigerung, die in erster Linie in der mangelhaften Versorgung des Marktes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ihre Ursache hat, führte auch zu einer Steigerung der Preise für die industriellen Erzeugnisse, deren Indeziffer für den Einzelhandel von 198 am 1. Oktober 1928 auf 205 am 1. Oktober 1929 gestiegen ist. Dies entspricht einer Steigerung von 3,5 v. H. Auch die Papiergeldmissionen in den Jahren 1928/29 konnten auf die allgemeine Preishöhe nicht ohne Einfluß bleiben.

Im Verhältnis zum Vorjahre sind die Kleinhandelspreise 1928/29 um 6,6 v. H. und die Lebenshaltungskosten um 9 v. H. gestiegen. Dieser Entwicklung sind die Reallohne nicht gefolgt. Nachstehende Uebersicht zeigt die Bewegung des Nominallohnes und des Reallohnes eines Arbeiters (Durchschnitt für alle Industrien).

Zeitraum	Nominallohne		
	Monatslohn Rubel	Tagelohn Rubel	Stundenlohn Kopeken
1926—1927	58,47	2,53	33,6
1927—1928	64,46	2,77	37,4
1928—1929	70,87	3,05	41,0

Zeitraum	Reallohne		
	Monatslohn Rubel	Tagelohn Rubel	Stundenlohn Kopeken
1926—1927	28,83	1,25	16,6
1927—1928	31,96	1,37	18,5
1928—1929	32,21	1,39	18,6

Die „Kontrollziffern“ sahen für das Jahr 1928/29 eine Steigerung des monatlichen Nominallohnes von 7,3 v. H. und des Reallohnes um 4,9 v. H. im Verhältnis zum Vorjahre vor. Die tatsächliche Steigerung betrug 9,9 v. H. des Nominallohnes

und 0,8 v. H. des Reallohnes. Dies zeigt, daß die über den Voranschlag hinausgegangene Erhöhung des Nominallohnes zum überwiegenden Teil von der Teuerung ausgeglichen wurde. Die tatsächliche Kaufkraft des Reallohnes (Tagelohn und Stundenlohn) ist fast auf der gleichen Höhe wie im Jahre 1927/28 geblieben. Die Steigerung der monatlichen Reallohne betrug im Jahre 1925/26 10,1 v. H., 1926/27 12 v. H. und 1927/28 10,8 v. H. Dagegen hat sich die Bewegung im Jahre 1928/29 beträchtlich verlangsamt. Die Steigerung betrug in diesem Jahre nur 0,8 v. H.

Die beträchtliche Preissteigerung hat im Einzelhandel stattgefunden, dessen Indeziffern von 244 im Jahre 1927/28 auf 308 im Jahre 1928/29 gestiegen sind (+ 26,2 v. H.). Am 1. Dezember 1929 haben die Indeziffern des privaten Einzelhandels die Zahl 383 erreicht, und zwar 320 für die industriellen Erzeugnisse und 485 für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Demgegenüber steht im sozialisierten Einzelhandel eine Indezahl von 197, und zwar 195 für industrielle Erzeugnisse und 199 für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der private Einzelhandel erzielt infolge der günstigen Konjunktur, die durch den Mangel an Waren hervorgerufen wird, ganz beträchtliche Gewinne. Obgleich gegenüber dem privaten Einzelhandel einschränkende Maßnahmen ergriffen wurden, die nicht ohne Erfolg blieben, spielt er in der Versorgung der arbeitenden Bevölkerung noch eine ganz beträchtliche Rolle. In der Sowjetpresse wird darauf hingewiesen, daß die mangelhafte Entwicklung des Handelsnetzes sowie die wenig zufriedenstellende Art der Versorgung des Verbrauchers durch die Genossenschaften diesen veranlaßt, sich dem privaten Einzelhandel zuzuwenden. Weiter wird gesagt, daß einer der wichtigsten Gründe, der die Arbeiterschaft hindert, ihre Reallohne zu erhöhen, darin zu suchen ist, daß der Haushalt des Arbeiters in hohem Maße vom privaten Einzelhandel abhängt, dessen Preise übermäßig steigen. Die Presse weist auch auf die Beunruhigung hin, die durch die Teuerung der Waren im Genossenschaftshandel entstanden ist, und fordert energische Maßnahmen gegen das Bestreben gewisser Genossenschaftsorganisationen, die Preise für Bedarfsgüter zu erhöhen. Tatsächlich wurden auch verschiedene Maßnahmen ergriffen, um insbesondere die Kaufkraft des Lohnes den veränderten Lebenshaltungskosten anzupassen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat in einer Entschließung Ende vorigen Jahres in bezug auf die Kontrollzahlen für das Jahr 1929/30 verlangt, daß die Reallohne im Verhältnis zum Vorjahre um mindestens 12 v. H. erhöht werden. Dies soll

schonst. Wenns die Witterung zuläßt, lauf auf Schuhen, die dir die Natur geschenkt hat. Die nutzen sich nie ab, sondern werden immer haltbarer“. — — Damals und heute. — Pietätvoll legte er das Bäckchen zur Seite und nahm eine neue Serie vor, ein verblichenes Schnürchen hielt diese zusammen. Es waren Brautbriefe, wie sich Kurt durch einen flüchtigen Blick überzeugte — nur einige wenige — er ließ sie in ihrem Zustande. Dann fiel ihm eine Zeltung kleinsten Formats in die Hände, gelb und morsch. Darin stand die Todesanzeige seines Großvaters, die Gewerkschaft „Segen Gottes Unverhofft Glück“ widmete dem Abgeschiedenen einen warmempfundenen Nachruf. Kurt erinnerte sich, wie gern sein Vater von dem schönen Begräbnis erzählt hatte. Nach alter Sitte trugen die Bergleute den Sarg ihres toten Kameraden auf den Schultern durch das stille Tal hinauf nach dem noch stilleren Totenacker, der auf der Berghöhe lag, der Sonne nahe, die ihnen allen im Leben nur wenig scheint. Einfach, schlicht, natürlich, wie sie gelebt, wurden sie zur letzten großen Ruhe gebracht. — Wie ganz anders war es bei Waters Bestattung hergegangen. Fast erdrückend prunkhaft!

Rudolf hatte sich seit einiger Zeit in der nahen Stadt eine möblierte Wohnung gemietet, da ihn die Klubfreunden oft bis gegen Morgen in ihren Banden hielten. Die meisten seiner Freunde, die im Klub verkehrten, waren verheiratet, doch hatten sie die Wahl ihrer Gattinnen alle so getroffen, daß der Durchschnitt ihrer Gewohnheiten unverändert derselbe blieb.

Die Sonne stand schon hoch am Himmel, als Rudolf sich bequeme, aufzustehen. Er hatte gestern beim Tempeln ziemliche Verluste erlitten und war insfolgedessen in denkbar schlechtester Laune. Da regnete es Bormwürfe und Schelte auf den gutgedrillten Diener herab, der alles mit stolischem Gleichmut über sich ergehen ließ. Er hielt sich stets im voraus schadlos, indem er seinem bei der Heimkehr meist angefaulsten Herrn die Taschen plünderte und mit dem selbsterfundnen Pflaster die Wunden

verklebte. Rudolf wußte um die Taten des modernen Raubritters, schwieg aber, weil er sich sagte: „Einen werfe ich hinaus und ein anderer kommt wieder“, und Merkel war im übrigen eine Perle von Diener.

Eben zog er die Stores zurück und blickte gelangweilt in den Tag, als sein Blick auf eine Dame fiel, deren jugendlich-anmutige Figur seine Aufmerksamkeit in hohem Maße fesselte. Sie trat in das gegenüberliegende Haus ein.

Der Diener hantierte im Hintergrunde des Zimmers mit der Kaffeemaschine und schon stieg ein starker würziger Geruch aus der selben und erfüllte den Raum mit seinem nervenbelebenden Aroma.

„Merkell“

„Herr Wallner befehlen?“

„Wer wohnt gegenüber?“

„Im Parterre der Bäcker.“

„Das sehe ich, weiter!“

„In der ersten Etage wohnt so ein Dreigroschenrentier, hinten im Hofe hat er einen Hühnerstall mit zwei Hennen, den Hahn borgt er sich immer vom Milchmann, der zwei Häuser weiter wohnt“, lautete der ausführliche Bericht.

„Weiter!“

„In der zweiten Etage — da wohnt eine Frau Doktor Strube, die hält ein Pensionat.“

„Aha — was hat sie denn für Krabben?“

„Wie meinen das Herr Wallner?“

„Seit wann sind Sie so begriffsstugig? Wen beherbergt das Pensionat?“

„Einen Russen, der mit den langen Haaren, der ist vom Konseratorium, dann einen Postmenschen, dann eine Sängerin, aber so en bissel was „Undefinierbares“, und seit dem 1. Oktober eine Seminaristin, die demnächst ins Examen steigt“, hier war Merkels Wissenschaft erschöpft.

„Sie sind ja die reinste Hausliste. Hat sich wohl da drüben was angebandelt, wie?“ frug er nachlässig.

geschehen durch eine Steigerung des Reallohnes um 9 v. H. und die Senkung der Lebenshaltungskosten um etwa 8 v. H. Insbesondere diese letztgenannte Maßnahme wurde als unerlässlich bezeichnet.

Zur Sicherung der Durchführung dieser Parteibeschlüsse haben der Zentralrat der Gewerkschaften und das Arbeitskommissariat kürzlich zwei Verordnungen erlassen. Die Verordnung des Zentralrats der Gewerkschaften sieht die Schaffung von 15 Kontrollbrigaden vor, die sich aus Beamten der Berufsgewerkschaften und der Genossenschaften zusammensetzen. Diese Kontrollbrigaden sollen sofort in die wichtigsten Industriegebiete entsandt werden. Sie sollen die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen, der Gewerkschaften und der Genossenschaftsorganisationen auf die Notwendigkeit lenken, den privaten Handel vollständig auszuschalten durch Anschluß an die Genossenschaften, für die Herabsetzung der Einzelhandelspreise für Bedarfsgegenstände einzutreten, gegen die Verschwendung im Handel zu kämpfen, die Rationalisierung des Handelsnetzes zu fördern, dem langen Warten in und vor den Läden ein Ende zu setzen, und die Tätigkeit der Arbeiterkantinen zu verbessern. In einem Rundschreiben des Arbeitskommissariats vom Anfang dieses Jahres wird ebenfalls festgestellt, daß es notwendig sei, den Reallohn um mindestens 12 v. H. im Verhältnis zum Vorjahre zu erhöhen. Angesichts der Notwendigkeit einer Senkung der Gesehungskosten sollen die Reallohne nicht nur durch Steigerung des Lohnes erhöht werden, sondern auch durch eine Preis senkung. Die Organe des Arbeitskommissariats und der Gewerkschaften sollen energisch dafür eintreten, daß die Arbeiter in den Industriegebieten ihren Bedarf ausschließlich bei den Genossenschaften decken. Die Genossenschaften werden verpflichtet, ihre Verkaufspreise zu senken. Insbesondere sollen die Organe des Arbeitskommissariats auch darauf hinwirken, daß die Gesehungskosten durch Rationalisierung des Handelsnetzes verringert werden.

Sozialistische Feste und Feiern

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in der Woche vom 24. bis 30. August 1930 in der Bundes schule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig einen Kursus zur Einführung in das Gebiet der Sozialistischen Feste und Feiern mit folgendem Programm:

Grundsätzliche und historische Einführung. Das Fest als Ausdruck eines Massenwillens im Zusammenhang mit dem Theater-, Film- und Laienspiel, dem Sprech- und Bewegungstheater, der Musik und dem Gesang.

„So ein kleines Techtelmechtel. Ist aber nicht viel dazu, unseiner kann doch schließlich auch Ansprüche machen“, meinte er selbstgefällig.

„Natürlich, natürlich, bei Ihrer Bildung.“ —
Merkel schien die Ironie zu überhören, wenigstens stellte er sich so.

„Wie heißt denn die Seminaristin“, frug Rudolf weiter.
„Die? — An der Tür steckt eine Visitenkarte — Linden steht drauf — Eleonore Linden.“

„So, so! Und die andere, die Sängerin?“
„Die — die heißt Manon Coffier.“

„Ah — richtig, die meine ich“, sagte Rudolf, meinte aber die andere, denn undefinierbar hatte die Kleine durchaus nicht ausgehört, im Gegenteil, apart vornehm, Rasse. Er hatte einen Blick dafür. Treffsicher unterschied er Talmi von echt, selbst wenn sich das erstere ein vornehmes Air gab.

Unterdessen hatte Merkel geräuschlos, wie es seine Pflicht als wohlgeschulter Diener seines empfindsamen Herrn war, den Kaffeetisch arrangiert. Mit einer nachlässigen Bewegung winkte Rudolf ab, er wünschte allein zu sein.

Sobald sich die Tür hinter Merkel geschlossen hatte, nahm er seinen Beobachtungsposten wieder auf und das Glück war ihm günstig. — Da saß sie am Fenster, die er vorhin auf der Straße gesehen, eine reizvolle Erscheinung mit jenem eigenartigen Blond der Haare, in dem die Sonne in tausend Funken glitzert und den Kopf wie mit einem schimmernden Heiligenschein umgibt. Es lobnte sich, sie anzusehen und er unterzog sich dieser freiwillig gestellten Aufgabe mit großem Vergnügen.

Sie schien zu lernen. Die Vorhänge waren zurückgezogen und ihre Gestalt hob sich silhouettenartig vom Hintergrund des Zimmers ab. Jetzt stützte sie das feine Köpfchen auf, die Finger wühlten sich in die dicke Haarfülle, dann lehnte sie sich im Stuhl zurück, als wenn sie sich das eben Eingepaukte überhörte.

Die Feste im Rahmen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit den verschiedenen Organisationen (Partei, Gewerkschaften, Kinderfreunde, Arbeiterjugend, Arbeiterfänger, Arbeitersportgruppen) als Träger und Mitgestalter. Die verschiedenen Formen der Feiern, Programmaufbau. Propaganda in künstlerischer Form. Aktuelle Bühne, Sozialistische Revue und Kabarett.

Der Kursus wird unter Leitung von Leo Keftenberg als Arbeitgemeinschaft mit praktischen Übungen und Versuchen durchgeführt. Daneben sind einige Abendveranstaltungen als Beispiele künstlerischer Gestaltung unter Mithilfe der Leipziger Organisation vorgesehen.

Die näheren Bedingungen für die Teilnahme sind durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu erfahren; ebenso sind Anmeldungen an diese Adresse zu richten.

Die Gesundheitlichkeit genossenschaftlichen Warenbezugs

Die Fragen der Hygiene bei der Herstellung, Lagerung und Verteilung der Lebensmittel werden von den Konsumgenossenschaften auf das stärkste beachtet, ohne davon in der Öffentlichkeit viel Lärm zu machen. Manche privaten Produktions- und Lagerungsstätten für Lebensmittel in fragwürdigen Räumen, versteckten dunklen Kellern, Räumen mit wenig Sonne, vielfach nicht einmal Tageslicht, genügen so ganz und gar nicht den gesundheitlichen Anforderungen. Wie anders sehen dagegen die genossenschaftlichen Betriebe aus. Große Fenster lassen das Tageslicht voll in die Räume fluten, so daß selbst der entfernteste Winkel erhellt wird. In Arbeitsräumen, wo eine gewisse Staubentwicklung nicht zu vermeiden ist, finden wir Absaug-einrichtungen und Ventilationen modernster Art. Auf diese Weise wird in allen Räumen für saubere und frische Luft gesorgt. Für die Warenherstellung und ihre etwa weitere Verarbeitung stehen moderne technische und maschinelle Einrichtungen zur Verfügung. Dadurch wird jede Berührung der herzustellenden Waren mit dem menschlichen Körper vermieden. Alles ist darauf abgestellt, selbst den einfachsten hygienischen Forderungen Rechnung zu tragen.

Das Personal in den Bäckereien und Metzgereien bekommt zumeist die Arbeitskleidung von der Genossenschaft gestellt. Diese sorgt auch für die ständige Säuberung der Arbeitskleidung. Dem Personal stehen Wasch- und Baderäume zur Verfügung. Zusammen betrachtet, sind dieses alles Einrichtungen, die der Erhaltung der menschlichen Gesundheit dienen und die Forderungen der wissenschaftlichen Hygiene erfüllen.

Plötzlich schien sie unruhig, irritiert. Sensible Naturen empfinden eine geradezu körperliche Unbehagen, wenn sie insgeheim beobachtet werden. Früheins Linden, so hieß sie ja nach Merkels gegebenen Personalien, sah nervös auf und begegnete dabei dem begehrlieh aufflammenden Blick Rudolfs. Einen kurzen Moment tauchten ihre Blicke ineinander, dann riß sie sich unwillig los und hastig, besangen stand sie auf, um im Innern des Zimmers zu verschwinden.

Rudolf war sich über den Weg, den er behufs näherer Bekanntschaft einzuschlagen hatte, klar, und daß er dieselbe herbeiführen mußte, war für ihn selbstverständlich. Ein Edelwild ließ er so leicht nicht aus dem Auge und wenn er erst heraus hatte, wo und wann es wechselte, konnte er tage-, wochenlang auf dem Anstand liegen. An einem der nächsten Tage stand er wieder hinter dem Store, dessen dichtes Muster ihn nicht verriet und beobachtete die Fenster seiner schönen Nachbarin.

Zu seiner Genugtuung konstatierte er, daß diese das gleiche mit seinen Fenstern vornahm. — Es war köstlich. — Dies kleine süße Ding lebte augenscheinlich nach dem Prinzip des großen Vogels Strauß, der unsichtbar zu sein meint, wenn er den Kopf im Sande versteckt. Sie hatte das Gesicht hinter den Gardinen verborgen, doch schimmerte ihr Kleid licht und verräterisch aus der unteren Fensterhälfte heraus zu ihm und verkündete schadenfroh die Nativität seiner Trägerin. Desto besser, dachte er. Das war ganz sein Fall. Naiv und unschuldig. Dafür hatte er ein Faible.

In solchen Zeiten wurde er unregelmäßiger Besucher des Klubs. Doch fiel das nicht auf. Wenigstens kümmerte sich niemand darum. Sie wußten alle, daß sich da etwas vorbereite oder schon abspielte, wovon sie nichts zu wissen brauchten. Allzu lange dauerte es meist nicht, denn er kam bald zum Ziel, ohne besondere Präliminarien, sie kannten das und wußten, daß er dann des grausamen Spiels überdrüssig wurde.

(Fortsetzung folgt.)